

Es gibt nur eine deutsche Regierung

Jakob Kaiser: Alle Kräfte für die Einheit — Politische Verantwortung

Berlin (Eigenmeldung). „Niemand sollte von einer westdeutschen Regierung sprechen. So etwas gibt es einfach nicht. Es gibt nur eine deutsche Regierung“, stellte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in einer Rundfunkansprache fest. „Ihre Verantwortung wie ihre Politik erstreckt sich bis zum Tage einer freigewählten Nationalversammlung und einer gesamtdeutschen Regierung auf ganz Deutschland.“

Der Minister erklärte weiter: „Mit der Regierungserklärung vom 20. Oktober hat sich die deutsche Regierung zu ihrer Verantwortung rückhaltlos bekannt: Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Deutschlands sind als die vordringlichsten Aufgaben deutscher Politik gekennzeichnet worden. Wir wissen uns für jeden Deutschen in gleicher Weise verantwortlich. Mag er diesseits oder jenseits der künstlich gezogenen Grenzen wohnen.“

Wir wissen uns aber auch eins mit jedem einzelnen in unserem Volk, wenn wir versichern, daß unsere Wiedervereinigungspolitik eine Politik friedlicher Mittel sein soll und sein wird. Die Bevölkerung der Sowjetzone darf versichert sein, daß man in der Bundesrepublik nicht auf dem Lorbeer angeblicher Geborgenheit einschlafen wird.

Das Schicksal Mittel- und Ostdeutschlands läßt weder Ruhe noch Geborgenheit zu. Deshalb kann die für einen Teil Deutschlands erreichte Festigung nur Ausgangspunkt für verstärkte Anstrengungen um die Wiedervereinigung und Festigung von ganz Deutschland sein.“

Es wäre eine Illusion zu behaupten, so sagte Kaiser, daß in der diplomatischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost über die deutsche Frage bereits viel erreicht worden wäre. Der Notenwechsel habe klargemacht, daß man auf dem Wege beschriebenen Papiers nicht mehr weiterkomme.

„Es muß gesprochen werden. Die Sowjetunion ist bis jetzt einer direkten Aussprache aus dem Wege gegangen.“ Alle verantwortlichen Regierungen seien gezwungen, die Gefahrenherde zu beseitigen. Und das geteilte Deutschland bleibe nun einmal ein Gefahrenherd sondergleichen. „Deshalb kann und wird es auch nicht zu einer Stabili-

sierung des status quo, das heißt zu einem Sichabfinden mit den heutigen Zwangsgrenzen kommen, die mitten durch unser Land gehen, sondern es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die deutsche Frage zu regeln.“

Abschließend sagte Kaiser: „Wir sind gewillt, die Politik der Wiedervereinigung voranzutreiben. Aber wir sind zu sehr mit der Bevölkerung in Mitteldeutschland verbunden, um sie nur auf diese Politik zu verweisen. Wir wissen, daß in der Zwischenzeit alles zu geschehen hat, um die 20 Millionen seelisch und körperlich zu stärken.“

Vorschlag an Moskau:

Verhandlungen über Gefangene

Düsseldorf (Eigenmeldung). Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Heinrich Weitz, hat die Bildung einer deutsch-sowjetischen Rotkreuz-Kommission zur Klärung des Kriegsgefangenenproblems vorgeschlagen. Seine Anregung, so betonte Weitz, entspreche den Beschlüssen der letzten internationalen Rotkreuz-Konferenz in Toronto (Kanada) vom Juni 1952, die von allen Rotkreuz-Gesellschaften einschließlich der sowjetischen einstimmig angenommen wurden.

Dr. Weitz sprach auf einer Heimkehrer-Veranstaltung in Mettmann bei Düsseldorf. Er regte im einzelnen an, daß die Vertreter des deutschen und des sowjetischen Roten Kreuzes in gemeinsamen Gesprächen ihre Zahlenunterlagen vergleichen und erörtern sollten.

Dr. Weitz versicherte, er werde gegebenenfalls auch nach Moskau fahren. In seiner Stellung sei er ein freier Mann und

könne unabhängig handeln. Ergänzend schlug Dr. Weitz vor, auch mit den Rotkreuz-Organisationen der Satellitenstaaten über die Kriegsgefangenenfrage zu sprechen.

Wenn die Bundesregierung erkläre, daß Unterlagen über 103 000 deutsche Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft vorliegen, so seien das Zahlen, für die das Deutsche Rote Kreuz einstehe, da sie aus Nachforschungen seines Suchdienstes stammen. „Es muß aber gesagt werden, daß wir die Rückkehr dieser 103 000 Gefangenen keineswegs erwarten können. Sehr viele sind nach den Anstrengungen in der ersten Zeit der Gefangenschaft verstorben. Das deutsche Volk fordert aber, daß die Gewahrsamsmacht die Unterlagen, die sie über alle in der Gefangenschaft verstorbenen deutschen Soldaten besitzt, bekanntgibt, damit die Familien das Schicksal ihrer Angehörigen erfahren.“

Neue HO-Preise

Die Lebenshaltung der Werktätigen soll bedeutend gehoben werden. So lautete die Beruhigungssparole, die die SED erfand, als im achten Jahre des kommunistischen Regiments die Lebenshaltung der malträtierten Bevölkerung der Sowjetzone einen an Hungersnot grenzenden Tiefstand erreicht hatte. Der 17. Juni hatte die Gewalthaber tief erschreckt. Seither sind in der Sowjetzone einige Erleichterungen verkündet worden. Die „große Sowjetunion“ half mit einigen für deutsche Begriffe nicht immer einwandfreien Fetten aus; am Weltmarkt wurden Fischkonserven erstanden und schließlich kam auch — schlecht und recht — die neue Ernte herein.

Zu diesen Erleichterungen kommt jetzt die Preissenkung in den HO-Läden, von der behauptet wird, daß sie im Jahr 3,3 Mrd. Ostmark ausmachen werde; das wären etwa 50 Ostpfennige je Tag und Kopf der Bevölkerung. Dafür könnte man jetzt immerhin zusätzlich 88 Gramm Margarine der Sorte II im HO-Laden erstehen, nachdem der neue Margarinepreis „nur“ noch 3 Mark je Pfund beträgt. Für DM-West gibt es davon allerdings trotz der „großen“ Preissenkung immer noch mindestens die vierfache Menge für das gleiche Geld. Ähnliches gilt noch für die meisten neuen HO-Preise. Die Milch ist glücklich bei 1,60 Ostmark je Liter angelangt. Rindergulasch bei 5 Ostmark, Kalbsschnitzel bei 8,10 Ostmark und die Bockwurst bei 1,25 Ostmark. Auch jetzt wird noch kein SED-Mitglied wagen, diese Wucherpreise der Bevölkerung als eine Vorstufe des sozialistischen Paradieses „anzupreisen“.

Wenn eine Firma des Westens die Preise für ihre Erzeugnisse senkt, so darf das in der Regel als Beweis für eine echte wirtschaftliche Leistungssteigerung betrachtet werden. Bei den HO-Preisen ist das anders. Ihre phantastische Höhe hat mit den Produktionskosten nichts zu tun; sie sind ein Ergebnis jener kommunistischen Erfindung der enormen Verbrauchsbesteuerung. Die sowjetzonale Preis-

senkung bedeutet daher in Wahrheit nur eine kleine Ermäßigung dieser Steuer, wobei es immer noch fraglich bleibt, ob diese Ermäßigung bei vielen Waren einfach deswegen notwendig wurde, weil sonst die unverkäuflichen Ladenhüter zugewonnen hätten. Bei den „rare“ Artikeln, wie bei Fleisch und Wurst, ging man daher über 10 Prozent Ermäßigung nicht hinaus.

Immerhin scheinen die endlich erlassenen Reparationszahlungen im öffentlichen Haushalt der Sowjetzone einen kleinen Spielraum geschaffen zu haben, der jetzt eine gewisse Ermäßigung der Verbrauchssteuern möglich macht, ohne daß allerdings dadurch auch nur im entferntesten Preise und Qualitäten für den gleichen Geldbetrag geboten werden, wie sie im Westen normal sind. Außerdem muß sich erst zeigen, ob sich die HO-Regale wieder füllen werden, besonders mit jenen „rare“ Waren, die für die Lebenshaltung unentbehrlich sind.

Steigende Produktion im Westen

Das war auch für den Wirtschaftskundigen eine Überraschung, daß die industrielle Produktion der Bundesrepublik vom August zum September um volle sieben Prozent zugenommen hat. Mit einem Produktionsindex von 165 Prozent von 1936 haben wir eine in der Nachkriegszeit noch nie dagewesene Rekordhöhe der Produktion erreicht, noch acht Prozent höher als im Vorjahr.

Die bisherigen Sorgenkinder, nämlich jene Industrien, die Maschinen und Betriebsrichtungen herstellen und deren Stagnation in den letzten Monaten etwas beunruhigend war, konnten ihre Erzeugung sogar um elf Prozent erhöhen. Sie liegen jetzt immerhin wieder um drei Prozent über dem gleichen Monat des Vorjahres; damit haben sie allerdings den Vorsprung der Verbrauchsgüterindustrien, die infolge der günstigen Entwicklung der Masseneinkommen heute 15 Prozent mehr produzieren als im Vorjahr, noch nicht ganz eingeholt.

Die Nachricht ist deshalb so erfreulich, weil sie das Gemunkel über eine nachlassende Konjunktur wenigstens für die

Das ist bis jetzt nicht der Fall. Eine Preissenkung dagegen für angeblich 12 000 Warenarten, von denen der größte Teil gar nicht zu haben ist, trägt nur sehr wenig zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung bei.

Zuweilen nicht vorhanden

Berlin (DPA). Die mit großem Propagandaaufwand angekündigte Preissenkung in der Sowjetzone hat nach Ansicht des Berliner DGB nur dann einen realen Sinn, wenn Textilien, Schuhe, Genußmittel, Fleisch Wurstwaren und Fette in ausreichendem Maße vorhanden sind und in der Qualität den normalen Anforderungen entsprechen. Es sei ein Hohn für die Bevölkerung, wenn sie von der Sowjetzonen-Regierung in einer dazu veröffentlichten Erklärung hören müsse, daß die eine oder andere Ware zuweilen nicht vorhanden sein werde.

Bundesrepublik widerlegt. Die Steuerensenkung, viele Gehalts- und Lohnerhöhungen, die Auszahlungen durch den Lastenausgleich und wohl auch die großzügige Finanzpolitik Schöpfers, die eine konsumstärkende Tendenz verfolgte, haben eine Marktlage geschaffen, die zur Hoffnung berechtigt, daß der gute Geschäftsgang weiter anhält.

Auch in England ist die Wirtschaftslage gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gebessert. Dies ist um so bemerkenswerter, als die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in den USA seit Monaten unterbrochen ist, ohne daß sich allerdings Anzeichen einer vermehrten Arbeitslosigkeit zeigen.

Die westliche Welt wird dem sowjetischen Wirtschaftsgelehrten Varga sicher nicht den Gefallen tun, es zu einer Wirtschaftskrise, die er soeben voraussagte, kommen zu lassen. Früher war Varga anderer Meinung, wodurch er in Ungnade fiel. Jetzt darf er wohl nicht anders, als für den Westen Unheil zu prophezeien. Deswegen brauchen wir aber nicht besorgt zu sein.

KP-Redakteur verurteilt

Berlin (DPA). Der Redakteur der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, Georg Schneider, wurde wegen öffentlicher Beleidigung in Tateinheit mit übler Nachrede zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Schneider hatte in seiner Zeitung einen beleidigenden Artikel gegen den verstorbenen Regierenden Bürgermeister Reuter veröffentlicht.

Das Mahnmal des 17. Juni

Berlin (Eigenmeldung). Das Bezirksamt Charlottenburg hat jetzt der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen ein Modell überreicht, das die künftige Gestaltung des Ernst-Reuter-Platzes zeigt. Darin nimmt das Mahnmal für die Opfer des 17. Juni die Nordost-Ecke des Platzes ein. Es besteht aus einer 40 Meter hohen, vierkantigen Säule, an die sich eine etwa 45 Meter lange nach Westen offene Ehrenhalle anschließt.

Vor dem Denkmal ist ein etwa 50 x 70 Meter großer Platz vorgesehen. Die Anlage soll von einem Grüngürtel eingeschlossen werden. Das Modell sieht weiter in der Mitte des Platzes eine 130 x 110 Meter große, ellipsenförmige Grünfläche vor.

Auf allen Seiten des Platzes sollen repräsentative große Gebäude errichtet werden, die voraussichtlich Behörden und großen Unternehmen vorbehalten bleiben.

Atomgeschütze vorgeführt

Mainz (DPA). Das modernste amerikanische 28-cm-Geschütz, mit dem außer gewöhnlichen Granaten auch Atomgranaten abgeschossen werden können, wurde in Mainz zum ersten Male in Deutschland der Presse vorgeführt. Das Geschütz gehört zu Einheiten der 7. US-Armee. In Mainz sind sechs Kanonen dieser Art stationiert. Jede Kanone wiegt 85 Tonnen, ihre Reichweite beträgt 32 Kilometer.

In neun Sprachen

München (DPA). Ein neuer amerikanischer 1000-kW-Sender ist in der Nähe von München in Betrieb genommen worden. Der Sender verbreitet sein Programm in neun Sprachen Osteuropas.

Bundesgrenzschutz wird verdoppelt

Moderne Bewaffnung und Ausrüstung

Bonn (DPA/AP). Der neue Bundesinnenminister Dr. Schröder erklärte, eines der vorrangigsten Anliegen der neuen Regierung werde die vom Bundestag beschlossene Verdoppelung des Bundesgrenzschutzes auf 20 000 Mann sein. Er werde Verhandlungen mit den Alliierten aufnehmen, um eine moderne Bewaffnung und Ausrüstung zu erreichen.

Als das Leitmotiv seiner Arbeit bezeichnete Dr. Schröder die Worte: „Gesundheit, Arbeit und Frieden“. Die vornehmste Aufgabe seines Ministeriums werde es sein, für ein positives Verhältnis zwischen dem Bürger, seinem Parlament und seiner Regierung zu werben und der heranwachsenden Jugend durch eine politische Bildungsarbeit auf breiter Basis die Möglichkeit zu verschaffen, im

echten Sinne politisch mitreden und mithandeln zu können.

Aufrufe zur Päckchenhilfe

Frankfurt a. M. (DPA). Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau appellierte an die Bevölkerung, in der Vorweihnachtszeit die Pakethilfe für die Bewohner der Sowjetzone zu verstärken.

Köln (AP). Zu einer Weihnachts-Hilfeaktion für die katholische Diaspora in der Sowjetzone hat der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Frings in einem Hirtenbrief aufgerufen.

Stuttgart (epd.). Die Forderung nach einem monatlichen „Deutschen Päckchentag“ wird von der Stuttgarter Wochenzeitung „Christ und Welt“ erhoben. „Der Paketversand in die Zone“, heißt es in dem Aufruf, „muß zu einer festen Einrichtung in unserem Leben werden.“

Acht Jahre Vereinte Nationen

„Mit all ihren Fehlern und Mißerfolgen, die wir gegen sie ins Feld führen können, ist sie noch immer diejenige Organisation, die die Menschen zu der Hoffnung berechtigt, daß das Schlachtfeld mit dem Konferenzsaal vertauscht werde.“ So kennzeichnet Präsident Eisenhower die Organisation der Vereinten Nationen, die in dieser Woche ihren achten Jahrestag beging. Als 1945 die Delegierten aus 50 Ländern in San Franzisko zusammentraten, waren sie sich klar, daß der alte Völkerbundgedanke eine neue bessere Form finden mußte. Die Verhinderung des Krieges und seine sofortige Auslöschung dort, wo er aufflackern sollte, ist das Hauptanliegen der UN geblieben. Wahrscheinlich ist, daß sie einen erneuten Weltbrand verhindert haben. Denn wenn auch stets in der Vollversammlung und vor allem im maßgebenden Organ, dem Sicherheitsrat, die ganze Unverträglichkeit der unbefriedeten Welt offenkundig wurde, so kam man hier jedenfalls zusammen; man hielt Kontakt, und hat sich bis heute wohl-

weislich gehütet, ihn abzubauen. Wo sich aus blutigen Kriegen ein allgemeiner Krieg hätte entwickeln können — in Griechenland, Persien, Palästina, Indonesien, Kaschmir — wurden durch das Eingreifen der UN friedliche Regelungen gefunden. Schon allein das Eingreifen in Korea rechtfertigt ihre Existenz und macht sie notwendig.

Demgegenüber ist die „stille“ Arbeit der UN zu wenig bekannt geworden. Die Leistungen auf wirtschaftlichem, sozialem, humanitärem Gebiet haben den notleidenden und unterentwickelten Gebieten echten Fortschritt gebracht. Weltkinderhilfe, Ausschuß für Kriegsgefangenenfragen, Flüchtlingsamt, Kommission für freie gesamtdeutsche Wahlen, Weltgesundheits-Organisation, Internationales Arbeitsamt — das sind nur einige der Teilaufgaben. Die Bundesrepublik arbeitet in sieben von zehn UN-Sonderorganisationen bereits aktiv mit. Sie fühlt sich dem Geist der UN verpflichtet, auch ohne schon offiziell eingegliedert zu sein.

Adenauers Programm begrüßt

Das Ausland stimmt zu

Bonn (Eigenmeldung). Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers ist im In- und Auslande im allgemeinen mit Zustimmung aufgenommen worden. Die Mäßigung und das Bestreben nach innen- und außenpolitischem Ausgleich, denen die Regierungserklärung Ausdruck gab, sind in der westlichen Welt stark beachtet worden.

Eine Schweizer Zeitung glaubt feststellen zu können, der Kanzler sei der Sozialdemokratie einen Schritt entgegengekommen, indem er dem Wunsche Ausdruck gab, in den großen außenpolitischen Fragen eine gemeinsame Basis mit der SPD zu finden.

Die englischen Blätter unterstreichen die freundliche Bezugnahme auf Großbritannien.

Eine gewisse Verlegenheit und Zurückhaltung herrscht bei den französischen Zeitungen. Die Bemerkung Adenauers, die Europa-Armee werde ein ausgezeichnetes Werkzeug zur europäischen Erziehung werden, erscheint dem „Figaro“ als eine verfrühte Formulierung.

Präsident Eisenhower nannte Bundeskanzler Dr. Adenauer in

Washington auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz einen „Staatsmann und eine wirkliche Führerpersönlichkeit“. Eisenhower unterstrich, er habe „ungeheures Vertrauen“ zu Adenauer.

Unentbehrlicher Partner

New York (AP/DPA). Über die Rolle Deutschlands als Faktor der Weltpolitik haben auf dem Forum der „New York Herald Tribune“ Staatssekretär Hallstein und US - Außenminister Dulles gesprochen. Beide sahen Deutschland als den unentbehrlichen und zuverlässigen neuen Partner des Westens. „Die freie Welt braucht die Deutschen als Aktivposten“, sagte Dulles.

Hallstein führte aus, seine Wiedergeburt als politischer Faktor werde Deutschland eigentlich erst mit dem Inkrafttreten der deutsch - alliierten Verträge erleben.

Dulles kündigte eine baldige Entscheidung über das Schicksal der EVG an. „Es ist natürlich, daß Deutschland zu seiner eigenen Verteidigung und zu der Europas beiträgt“, sagte er.

Schneller als der Schall

Los Angeles (AP). Der erste amerikanische Düsenjäger, der im Geradeausflug in großer Höhe die Schallgrenze durchbrach, wurde zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt.

Der Pilot flog die Maschine, eine „Supersabre F 100“, mit mehr als 1150 km/st, das sind fast 20 Kilometer in der Minute. Viermal brachte er sie über dem Flugplatz im Sturzflug von 4500 Meter auf 300 Meter herunter.

Ohne Malenkow

London (AP). Die KPdSU hat die Parolen für den Jahrestag der Oktoberrevolution bekanntgegeben. Im Gegensatz zum Vorjahr, als Stalin noch lebte, ist nicht von „Kriegshetzern“ und „Imperialisten“ die Rede. Auch werden in den Parolen keine Angriffe gegen Tito gerichtet. In allen 57 Parolen wird der Name Malenkow nicht ein einziges Mal erwähnt. Die einzige Namensnennung findet in der 57. Parole statt, in der von dem „Banner Lenins und Stalins“ die Rede ist.

300 Rückkehrer aus Schlesien

Berlin (Eigenmeldung). In Ostberlin ist ein Transport von rund 300 Rückwanderern aus dem zur Zeit polnisch verwalteten Gebiet von Schlesien eingetroffen. Es handelt sich meist um Frauen und ältere Personen, die schon seit Sommer dieses Jahres auf den Rücktransport nach der Sowjetzone vorbereitet worden waren. Der Transport war acht Tage unterwegs.

Rekord an Liebesgaben

Stuttgart (epd). Einen Rekordergang von ausländischen Liebesgaben zur Verteilung an Brennpunkten der Not und für den kirchlichen Aufbau verzeichnet das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland im 3. Quartal 1953.

Mit 2,56 Mill. kg Sachspenden an Lebensmitteln und Bekleidung lag das Spendenaufkommen gewichtsmäßig um 40 000 Kilogramm höher als das Gesamtergebnis des Jahres 1952. An der Spitze der Spenderländer liegen die USA vor Schweden, der Schweiz, England und Brasilien.

Schwedische Spende

Bonn (DPA). Das Schwedische Rote Kreuz hat 500 000 Kronen (rund 500 000 DM) zugunsten von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt, teilte das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes mit. Das Geld ist für

den Bau von Wohnungen für vaterlose Familien mit Kleinkindern und heimatlose Jugendlichen bestimmt.

Das neue Bundeskabinett

Bonn (Eigenmeldung). Auf Vorschlag des Bundeskanzlers sind 18 Bundesminister, davon vier ohne Geschäftsbereich, ernannt worden:

Bundeskanzler und Außenminister: Konrad Adenauer (CDU) — Vizekanzler und Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Franz Blücher (FDP) — Minister des Innern: Gerhard Schröder (CDU) — Minister für Finanzen: Fritz Schäfer (CSU) — Minister für Justiz: Fritz Neumayer (FDP) — Minister für Wirtschaft: Ludwig Erhard (CDU) — Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Heinrich Lübke (CDU) — Minister für Arbeit: Anton Storch (CDU) — Minister für

Verkehr: Hans-Christoph Seebohm (DP) — Minister für Wohnungsbau: Viktor Emanuel Preusker (FDP) — Minister für gesamtdeutsche Fragen: Jakob Kaiser (CDU) — Minister für Angelegenheiten des Bundesrates: Heinrich Hellwege (DP) — Minister für Vertriebene: Theodor Oberländer (BHE) — Minister für Familien- und Jugendfragen: Franz Josef Wümeling (CDU) —

Minister für besondere Aufgaben: Robert Tillmanns (CDU), Waldemar Kraft (BHE), Hermann Schäfer (FDP) und Franz Joseph Strauß (CSU).

Das Ressort des Bundespostministers wurde noch nicht besetzt.

Der Hennecke des „neuen Kurses“

Frida Hockaufs Parteauftrag — Normenschraube beginnt wieder

In Zittau, Forst und Crimmitschau, in allen Textilzentren der Zone, werden dieser Tage die Normen erhöht und sinken die Reallöhne der Weberinnen auf den Stand vor dem 17. Juni ab. Da, wo gestern noch die Aufrufe der Regierung über die Beseitigung „administrativer Normerhöhungen“ klebten, hängt jetzt das gerahmte Porträt einer gewissen Frida Hockauf. „Eifert mir nach!“ steht unter dem Bild, und irgendeine Parteileitung setzt darunter: „Wir geloben es!“ Aber unter den Textilarbeiterinnen brodelt es, überall kommt es zu Protesten, und mancherorts rissen die Weberinnen kurzentschlossen die Hockauf-Plakate von der Wand. Wessen Exponent ist jene Frida Hockauf, deren Plakatgesicht den Eindruck einer unscheinbaren Hausfrau hinterläßt?

Die Person gilt hier weniger als der Zweck, Frida Hockauf ist der Hennecke des „neuen Kurses“, im Vergleich zu ihrem Vorgänger den neuen Umständen und Erfordernissen angepaßt. Sie heute noch auf die Aktivistenbewegung von gestern zu berufen, wäre unpopulär. Adolf Hennecke, als Kohlenhauer einst Sinnbild des Aufbaues der Schwerindustrie, paßt nicht mehr zum „neuen Kurs“ der SED. Er sollte Eisenhüttenkombinate aus dem Boden stampfen helfen, der neue Popanz kommunistischer Ausbeutung dagegen soll den „Wohlstand“ schaffen, den die Partei den aufgebracht Massen etwas voreilig versprochen. So wurde also die 50jährige Frida Hockauf, Brigadenleiterin aus Zittau und Kommunistin seit 1921, zum Sinnbild der neuen, ewig alten SED-Wirtschaftspolitik.

Rein zufällig ..

Sie verpflichtete sich — gerade einen Tag vor Beginn des Wettbewerbs für das IV. Quartal — auf einer Funktionärsitzung, noch im letzten Quartal 1953 ganze 45 Meter Stoff über das Soll hinaus zu weben. Zwei Reporter des „Neuen Deutschland“, die rein zufällig dabei waren, haben dann bewirkt, daß 24 Stunden später Frida Hockaufs Bild auf den Titelseiten aller kommunistischen Zeitungen prangte.

Ernster Hintergrund

Auf Grund des 17. Juni hatte die SED schweren Herzens den Plan ändern müssen und bald darauf eingesehen, daß man

nicht einmal den geänderten Plan erfüllen kann.

Folglich greift sie zur alten Form des ausbeuterischen „Wettbewerbs“. Wobei die Betonung diesmal auf dem Wort „Friedensproduktion“ zu liegen hat. Und siehe — irgendwo sitzt eine Genossin Frida Hockauf, seit 1921 Parteimitglied und dem System schon dadurch verpflichtet, daß ihre Tochter als Aspirantin an der Universität Leningrad tätig sein darf. Zum gegebenen Zeitpunkt läßt sie ihre „Selbstverpflichtung“ los, die in Wirklichkeit ein Parteauftrag ist.

Und jetzt läuft die Aktion bereits: Die Kreisleitungen der Partei schicken ihre Instruktoren in die Betriebe und lassen Versammlungen durchführen. Die Parteisekretäre stoßen die Genossen an: „Na los, gebt ein Beispiel!“

Auch bei der FDJ!

Aber auch die FDJ-Mitglieder müssen folgen. Das jugendliche Pendant zu Frida Hockauf fanden die FDJ-Instruktoren in der FDJ-Funktionärin Margot Kelling aus Riesa, die sich 500 kg Garn mehr zu spinnen verpflichtet. Tags darauf entsteht, vorerst in der FDJ-Presse, die Kelling-Bewegung.

Wieder rasen die Instruktoren der FDJ-Kreisleitungen in die Betriebe, stacheln die Jungen und Mädchen auf: „Ihr müßt ein Beispiel geben, eifert nach!“

Doch Parteauftrag und Geltungsbedürfnis einiger Jugendlicher erfüllen noch keinen Plan. Es setzt ein harter Kampf in den Betrieben ein, überall sollen Hockauf- und Kelling-Brigaden

entstehen, den Partei- und Betriebsleitungen werden sie zur Pflicht gemacht.

Arbeitslosigkeit als Druckmittel

Aber sogar die Genossen, denen man den Parteauftrag erteilt, verweigern unter Ausflüchten die „patriotische Erhöhung der Norm!“ Lieber verpflichten sie sich zu „verstärkter gesellschaftlicher Tätigkeit“ oder „Briefaktionen nach Westdeutschland“, das ist unverbindlicher und schont die Knochen. So wird die Hockauf-Methode zum Zwang, dem eine bedenkliche Erscheinung der jüngsten SED-Ökonomie zu Hilfe kommt: die Arbeitslosigkeit!

Material- und vor allem Kohlenmangel, der Produktionsstopp für einige Zweige der Schwerindustrie sowie eine völlig verfehlte Ausbildungs-Planung haben dieses Symptom heraufbeschworen, das es in der Planwirtschaft angeblich nicht geben soll. Selbst die SED-Planer müssen heute zugeben, daß es im Frühjahr zu einer weitgehenden Arbeitslosigkeit kommen wird.

Wenn die Partei die jetzt in allen Großbetrieben vorgenommenen Entlassungen auch noch mit politischen Gründen motivieren kann, so ist es den Eingeweihten doch klar, daß diese Entlassungen für die höchst unrentabel arbeitende Wirtschaft Notwendigkeit geworden sind. Und auch hier beweist sich die kommunistische Fähigkeit, sogar aus dem Elend Nutzen zu ziehen. Wo sich Arbeiterinnen gar zu heftig gegen die Hockauf-Methode sträuben, wird ihnen damit gedroht, daß ja auch eine andere ihre Arbeit übernehmen könne, Frida Hockauf wird in einem halben Jahr wie weiland Hennecke in irgendeinem Ministerium als Abteilungsleiterin sitzen, Ihr Name wird wieder kleiner werden und einst verschwinden. Nur die „Selbstverpflichtungen“, die sie auslösen half, werden bleiben und eines Tages, vermutlich bald, wieder stillschweigend zur Norm erhoben. Die Ausbeutung geht weiter.

Pfiffe statt Vopo-Verpflichtung

Jugendliche lehnen freiwillige Verpflichtung ab

Berlin (Eigenmeldung). Nach den bisher vorliegenden Meldungen aus verschiedenen Orten der Sowjetzone sind die Werbeaktionen der Volkspolizei, die in den letzten Tagen in Großbetrieben durchgeführt wurden, ohne Erfolg geblieben. Die jugendlichen Arbeiter lehnen es ab, freiwillig in die „Volksarmee“ einzutreten. In mehreren Betrieben kam es zu offenen Protesten gegen die Rekrutierungsaktion.

In den BMW-Werken Eisenach mußte z. B. eine von der FDJ-Betriebszelle einberufene Versammlung geschlossen werden, weil die Jungarbeiter demonstrativ den Raum verließen, als die Vopo-Werber zu sprechen begannen. Im Hüttenkombinat Ost störten die Jungarbeiter eine ähnliche Versammlung durch laute Pfiffe.

Die Hauptverwaltung der kasernierten Volkspolizei will künftig die Werbung mehr auf arbeitslose Jugendliche konzentrieren. Die Namenslisten für

diese neue Aktion liefern die Arbeitsvermittlungsstellen. Außerdem beginnt man wieder, Jungarbeiter aus den Betrieben zu entlassen, da erstens Material für Vollbeschäftigung fehlt und man sich zweitens von den Entlassungen einen besseren Erfolg der Vopo-Werbung verspricht. Die Jugendlichen, die entlassen werden sollen, werden von den FDJ- und SED-Betriebsgruppen ausgewählt.

Fünf flohen aus Brandenburg

In Zuchthauskleidung nach West-Berlin

Berlin (Eigenmeldung). In Zuchthauskleidung trafen am Donnerstagabend nach austretenden Nachtmärschen fünf junge Strafgefangene aus dem Zuchthaus Brandenburg in Westberlin ein und stellten sich unter den Schutz der Westberliner Polizei.

Bei ihrer Vernehmung gaben sie zunächst an, politisch verurteilt worden zu sein. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß

Inkognito im Westen

Berlin (Eigenmeldung). Mit Genehmigung des sowjetzonalen Eisenbahnministeriums haben verschiedene kleinere Gruppen der sowjetzonalen Referenten für den Güter- und Reisezugverkehr sowie für Maschinenabteilungen zehn- bis vierzehntägige Fahrten nach Westdeutschland angetreten, um dort die Verkehrsverhältnisse und die von der Bundesbahn eingeführten Neuerungen zu studieren.

zwei der Strafgefangenen wegen Fahrraddiebstahls im Juli 1953 zu ein und zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden waren.

Die anderen wurden aus politischen Gründen verurteilt. Einer ist Bauer, ein anderer Student.

Fahndung nach Flüchtlingen

Berlin (Eigenmeldung). Zu einer der größten Fahndungsaktionen in der Sowjetzone seien seit der vergangenen Woche im Raum von Kottbus etwa 2500 Angehörige der Volkspolizei eingesetzt. Im Zuge dieser Aktion solle ein Sperrriegel rund um Berlin gebildet werden, der von etwa 8000 Volkspolizisten und sowjetischen Soldaten gestellt werde. Dies meldet der NWDR Berlin.

Die Aktion richte sich gegen eine aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten in die Sowjetzone übergetretene Flüchtlingssgruppe und gegen zwei weitere Gruppen. Diese sollen in Stärke von etwa 20 Mann aus der Tschechoslowakei gekommen sein und bei Zittau das Gebiet der Sowjetzone betreten haben. Sämtliche Gruppen seien im Besitz von Waffen.

Schloß Mansfeld zurückgegeben

Berlin (epd). Schloß Mansfeld bei Eisleben, das der kirchlichen Nutzung vorübergehend entzogen war, wurde jetzt seiner Bestimmung als kirchliches Tagungs- und Rüstzeitenheim zurückgegeben.

Kriegsgefangene wurden erschossen

Bericht österreichischer Heimkehrer — Proteste im Lager

Bruck an der Leitha (AP). Ungarische Wachen haben am 4. Oktober auf deutsche Kriegsgefangene geschossen, die in dem ungarischen Lager Tisza-Loek gegen das Vorgehen der Lagerverwaltung demonstrierten. Wie ehemalige Insassen des Lagers, die jetzt in Österreich eintrafen, mitteilten, wurden dabei fünf Gefangene getötet und 23 zum Teil schwer verletzt.

Die Heimkehrer — 97 deutsche Kriegsgefangene und 45 österreichischer und Volksdeutsche —, die von den kommunistischen Behörden Ungarns jetzt freigelassen wurden, teilten mit, daß die Gefangenen gegen die Verhaftung mehrerer ihrer Kameraden protestierten, die wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen das überhohe Arbeitssoll festgesetzt worden waren.

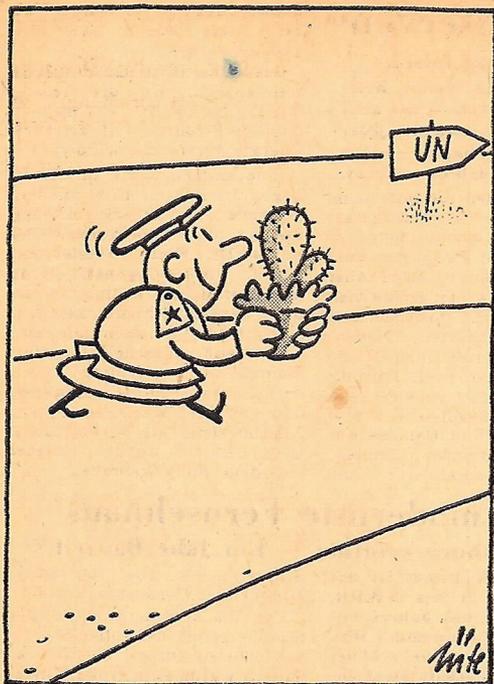
Klassenfeindliche Kontrolleure

Berlin (Eigenmeldung). Im September mußten sich, wie

erst jetzt bekannt wird, insgesamt 234 sogenannte „Erfassungskontrolleure“ der SED vor Parteigerichten wegen „klassenfeindlichen Verhaltens“ verantworten. Sie hatten sich nach dem Juni-Aufstand und infolge des „neuen Kurses“ geweigert, Ablieferungsrückstände bei den Bauern einzutreiben. 182 von ihnen wurden aus der Partei ausgestoßen, der Rest erhielt „Bewährungsaufgaben“.

Kirchenmusiker gesucht

Berlin (Eigenmeldung). Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg hat einen großen Mangel an ausgebildeten Kirchenmusikern. Generalsuperintendent D. Walter Braun hat jetzt in Havelberg ein Kirchenmusikalisches Seminar für die Weiterbildung von kirchenmusikalischen Hilfskräften eingerichtet.



Die UN hatte achten Geburtstag

Sie spucken ins Parkett

„Man muß durch die Kunst dem Kinde helfen, sich dem Kollektiv enger anzuschließen“, so sprach die Sowjetpädagogin namens Krupskaja. Also stellte man fünf Kindertheater auf die Beine, in Leipzig, Berlin, Dresden, Halle und Erfurt. Sie sollen die Kinder zu „furchtlosen Patrioten“ erziehen.

Was den Kindern da befehlenderweise vorgesetzt wird, sind sozusagen praktische Anweisungen für den Partisanenkrieg. So führte kürzlich das Ostberliner „Theater der Freundschaft“ ein Schauspiel von Horst Beseler, „Die Moorbande“, auf. Auf Grund einer geschichtlichen Begebenheit im Dreißigjährigen Krieg, die ein linientreuer Lehrer seiner Schulklasse erzählt, wird das Lernkollektiv angeregt, wie seinerzeit eine Schar schwedischer Reiter nunmehr eine anglo-amerikanische Panzertruppe durch Verlegung der Orientierungsschilder ins Moor zu locken.

Die Kinder allerdings scheint vorerst diese Art von Schulungskurs im Parkett nicht zu fesseln. Und weil die patriotischen Stücke ihnen keinen Spaß machen, sorgen sie selbst für Unterhaltung. Mit Trauer muß die östliche Presse feststellen, daß die so sorglich betreuten Garanten roter Zukunft die ganze ideologische Theater-schulung als idealen Anlaß zum Klamauk betrachten. Sie raufen sich, sie beweren sich mit Papierknäueln, spucken zielgerecht vom Balkon ins Parkett, tummeln sich im Foyer wie auf dem Schulhof, kurz, sie sind so furchtlos, daß ihre kämpferische Entwicklung zu den schönsten, wenn auch etwas zweifelhaften Hoffnungen berechtigt. — Und so muß das Unterrichtsministerium in der DDR wieder einmal erkennen, daß es schwer ist, in einer Diktatur die Fanfarenklänge trutzigen Kämpfergeistes ins richtige Verhältnis zum Kadavergehorsam zu bringen.

Nur flüstern . . .

Doch besser

Der Schulungskurs scheint diesmal kein Ende zu nehmen. Der Referent ergeht sich ausführlich über die neue Sowjetnote. Der alte Müller, schon etwas schwerhörig, läßt sich alles noch einmal von seinem Nachbarn laut ins Ohr sagen.

Der Referent redet, redet.

„Was hat er gesagt?“ brüllt der alte Müller.

„Er hat gesagt, die Sowjetunion hat einen entscheidenden Schritt für die Einheit Deutschlands getan!“ brüllt sein Nachbar.

Haut sich der alte Müller aufs Knie und freut sich, daß man es im ganzen Saal hört: „Sind die also doch besser als ich dachte, Ich hätte nie geglaubt, daß sie freiwillig die Pankower Regierung absetzen würden!“

Das große Vorbild

Ein sowjetischer Instrukteur kommt in den Betrieb, um den rückständigen deutschen Arbeitern die fortschrittlichen Methoden der sowjetischen Kollegen zu zeigen. Die neueste sowjetische Erfindung einer Werkzeugmaschine hat er, sorgfältig verpackt, mitgebracht. Er läßt sie montieren und beginnt mit seinem Vortrag. Es geht alles ganz gut — nur ein Hebel klemmt. Er versucht verbissen immer wieder, ihn in Ordnung zu bringen.

Klopft ihm ein alter Werkmeister des Betriebes gutmütig auf die Schulter: „Laß man, Genosse, das schaffst du nicht! Das hat die bei uns schon vor 1945 immer gemacht. Krupp hatte uns dann ganz zum Schluß einen neuen Hebel geschickt. Der muß noch in der Materialkammer liegen. Wenn wir den einmontiert haben, kannst du deinen Vortrag ja zu Ende halten.“

Die neuen Wagen

In Leipzig trifft Müller seinen Freund Meyer auf der Straße. „Ich komme eben von einer Reise!“ flüstert Meyer ihm zu, „und habe vom Zug aus lauter Panzer gesehen. Die machen wieder mal Manöver!“

Lächelt Meyer vielsagend zurück und meint: „Panzer? Ich höre immer Panzer und Manöver! Das sind seit dem 17. Juni doch die Dienstwagen unserer Regierung, und die hatten sicher nur Appell, ob die Chauffeurs sie immer geputzt haben.“

Kochen mit „Atom-Konserven“

Fleisch und Obst bleiben jahrelang frisch

Ein Stück saftiges Roastbeef, reife Tomaten, rohes Beefsteak, frische Möhren, Spargel, Milch und Schinken — das alles wird die Hausfrau eines Tages beliebig lange und zu jeder Jahreszeit in ihrer Speisekammer aufbewahren können — ohne Konserven, ohne Kühlschrank und ohne Angst, daß es verdorbt.

Seit über einem Jahr liegen diese leckeren Dinge, in luftdichten Cellophanbeuteln verpackt, auf den Regalen verschiedener amerikanischer Laboratorien. Sie sehen immer noch frisch und saftig aus, und man könnte sie auch jederzeit essen. Diese Lebensmittel sind die ersten „Atom-Konserven“, und ihre Frischhaltung ist denkbar einfach. Sie sind auf einem Fließband an einer Elektronenschleuder vorübergeglitten, und die Strahlung hat allen Bakterien den Garaus gemacht.

Bekanntlich enthalten alle Lebensmittel Bakterien, von denen sie allmählich zersetzt werden. Um das zu verhindern, setzt man sie in Konservenfabriken großer Hitze oder in Kühlanlagen starker Kälte aus. Aber mit diesem Verfahren können nicht alle Bakterien getötet werden. Auch die Atomstrahlung tötet nicht alle Bakterien sofort. Aber ihre Wirkung ist trotzdem hundertprozentig, weil sie die überlebenden sterilisiert. Die Lebensdauer der Bakterien schwankt zwischen 20 und 120 Minuten. Können sie sich nicht mehr fortpflanzen, ist die ganze Kolonie also zwei Stunden später ausgerottet. Um den Zutritt neuer Bakterien zu verhindern, erhalten die Lebensmittel vor dem Beschuß eine luftdichte Cellophanverpackung.

Bei der Entwicklung dieser neuen Frischhaltungsmethode gab es manche unangenehme Überraschungen. Das Fleisch

wurde grau oder rot und nahm einen ranzigen Geschmack an, manche Gemüsesorten fielen in sich zusammen, Erdbeeren und Tomaten wurden zu Brei. Aber in jahrelanger Arbeit lernte man die Strahlen so zu dosieren, daß diese unerwünschten Nebenerscheinungen ausblieben. Heute ist die Technik so weit erprobt, daß schon morgen entsprechend präpariertes Frischfleisch, Fisch, Geflügel, Obst und Gemüse auf den Markt kommen könnten, wenn die Anlagen für eine

Das modernste Fernsehhaus In Hamburg eröffnet — Ein Jahr Bauzeit

In Hamburg-Lokstedt ist das neue Fernsehhaus des NWDR, das innerhalb eines Jahres mit einem Aufwand von rund 5 Mill. D-Mark errichtet wurde, eröffnet worden. Damit erhält Deutschland das modernste Fernsehhaus.

Das neue Fernsehgelände umfaßt ein Studiogebäude, Heiz- und Kältewerk, eine Werkstatt mit Elektrozentrale, Trafostation und Tischlerei. Insgesamt wurden 36 000 cbm Raum umbaut.

Den größten Teil der Anlagen nimmt das Studiogebäude mit den in der Mitte gelegenen vier Studioräumen von zusammen 938 qm ein. Um die Studios wurden die zahlreichen Räume für Programmgestaltung, Technik und die anderen Funktionen des Fernsehbetriebes angeordnet, die damit einen natürlichen

Großproduktion vorhanden wären. Diese müssen aber noch gebaut werden.

Gesundheitliche Gefahren bestehen nicht. Um die Lebensmittel radioaktiv zu machen, müßten Strahlen viel stärkerer Energie verwendet werden.

Eine andere Waffe im Kampf gegen die Bakterien ist das Permachem, eine Silberverbindung, die von dem New-Yorker Chemiker Dr. Frank Fessler entwickelt wurde. Gegenstände, die man mit dieser Lösung behandelt, werden nicht nur keimfrei, sondern wirken auch jahrelang keimtötend. Wäsche hatte ihre keimtötende Wirkung noch, nachdem sie 25mal gewaschen und geplättet war. Permachem-Zahnbürsten, die einen Monat lang benutzt wurden, blieben trotzdem völlig keimfrei.

Schutz gegen alle von außen kommenden Geräusche bilden.

Um die Temperatur in den Studios selbst bei voller Scheinwerferbeleuchtung normal zu halten, wurde eine große Klimaanlage eingebaut, die für ständige Frischlufterneuerung und Kühlung sorgt. Für den Fernseh-Regisseur ist eine UKW-Kommandoanlage eingerichtet worden, von der aus er notwendige Anweisungen geben kann.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Sonnenfinsternis wirft Schatten voraus

Astronomen aus aller Welt befassen sich bereits jetzt mit den Vorarbeiten zur Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis, die am 30. Juni 1954 eintreten wird. Die besten Voraussetzungen für die Beobachtung sind in Schweden gegeben, da dort die Sonne zur Zeit der Finsternis hoch über dem Horizont stehen wird und die Chancen für einen klaren Himmel nach den Unterlagen der meteo-

rologischen Institute verhältnismäßig hoch sind. Neben den Beobachtungen, die von britischen, schwedischen, holländischen, Schweizer und deutschen Astronomen in Schweden gemacht werden, sollen auch wahrscheinlich nördlich der Shetlandinseln spezielle Beobachtungen von einem in großer Höhe befindlichen Flugzeug aus vorgenommen werden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.